

Pressemitteilung

Baugenehmigungen 2022 eingebrochen

Niedrigster Stand seit 2018. Kommunen auf der Bremse

Die Zahl der genehmigten Wohnungen im Neu- und Umbau ist im Dezember 2022 um weitere 18,1 Prozent eingebrochen. Für das Gesamtjahr verzeichnet die Branche nun einen Rückgang um 6,9 Prozent auf 354.400 Wohnungen, das ist der niedrigste Stand seit 2018. „Die schwierige Mischung aus steigenden Zinsen, stark zulegenden Material- und Baupreisen, gestoppter Neubauförderung und sinkenden verfügbaren Einkommen hat vor allem ab der Jahresmitte 2022 den Wohnungsneubau abgewürgt. Das Erreichen des politischen Neubauziels von 400.000 Wohnungen, vor allem aber die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum ist so für lange Zeit nicht mehr möglich“. Mit diesen Worten kommentiert der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Tim-Oliver Müller, die heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Baugenehmigungszahlen für den Dezember und das Jahr 2022.

12/23
Berlin, 10.03.2023

„Leider wird die Aussicht für 2023 nicht besser werden. Im Gegenteil: Aufgrund der zu geringen Neubauförderung von 1,1 Milliarden Euro, verschärften Anforderungen an die Energieeffizienz und hohen Zinsen werden gerade Wohnungsbaugesellschaften nicht in der Lage sein, investieren zu können. Der Auftragseingang im Wohnungsbau ist schon jetzt ins Bodenlose gesunken“, so Müller. 2023 sei deshalb nur noch mit der Fertigstellung von bestenfalls 250.000 Wohnungen (nach 275.000 im Vorjahr) zu rechnen.

Nicht viel besser sieht es im Nichtwohnungsbau aus. Für das Jahr 2022 ergeben sich reale Rückgänge¹ bei den Genehmigungen im Wirtschaftshochbau von gut 6 Prozent, im öffentlichen Hochbau sogar von 10 Prozent. „Hier haben sich die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und die starken Energiekostensteigerungen bemerkbar gemacht. Die daraus resultierende Unsicherheit ist Gift für potentielle Investoren. Im öffentlichen Bereich ziehen gerade die Kommunen aufgrund hoher Materialpreise die Investitionsbremse“, so Müller. Angesichts der besonders schwachen Zahlen im Öffentlichen Hochbau fordert er Bund, Länder und Gemeinden auf, die Baubudgets aufzustocken, um den Investitionsstau nicht noch größer werden zu lassen.

¹ Berechnung der BAUINDUSTRIE

Alle Angaben und Berechnungen beruhen auf Daten des Statistischen Bundesamtes.